Erläuterungen Musterfeuerwehrsatzung

Einleitung

Die öffentlichen Feuerwehren sind rechtlich unselbstständige Einrichtungen der Gemeinde/Stadt. Sie sind im Rechtsverkehr nicht geschäftsfähig und handeln im Namen und im Auftrag der Gemeinde/Stadt. Die Regelung ihrer inneren Verhältnisse obliegt der Gemeinde/Stadt. Sie verfügen dabei auf Grund der kommunalen Organisationshoheit über einen weiten Gestaltungsspielraum und haben lediglich den Vorrang höherrangigen Rechts zu beachten.

Mit den nachfolgenden Erläuterungen werden den Gemeinden/Städten Zusatzinformationen und Hinweise an die Hand gegeben, wie sie ihren Gestaltungsspielraum ausfüllen können.

Um die Lesbarkeit der Erläuterungen zu vereinfachen, wird bei Funktionsbezeichnungen auf die zusätzliche Formulierung der weiblichen Form verzichtet. Es wird darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Zu § 1:

In jeder Gemeinde/Stadt ist eine Freiwillige Feuerwehr aufzustellen. Diese Freiwillige Feuerwehr wird als Gemeinde-/Stadtfeuerwehr definiert. Zur Frage der Berufsfeuerwehren wird auf die Möglichkeit und Pflicht nach § 15 Absatz 3 SächsBRKG verwiesen.

Mit Inkrafttreten des § 15 SächsBRKG zum 1. Januar 2005 wurden weitergehende Regelungen zur kommunalen Feuerwehrstruktur getroffen. Diese waren insbesondere notwendig, weil § 8 Absatz 1 des bis dahin geltenden Sächsischen Brandschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1998 (SächsGVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Dezember 2000 (SächsGVBl. S. 513) keine Antwort auf nach der Gemeindegebietsreform aufkommenden Strukturfragen geben konnte. Auf Grund der Gemeindegebietsreform entstanden in vielen Gemeinden und Städten Ortsteile, deren ursprünglich eigenständige Freiwillige Feuerwehren nunmehr als Ortsfeuerwehren Bestandteil der Gemeinde-/Stadtfeuerwehren werden sollten. § 15 Absatz 4 SächsBRKG bestimmt, dass die Ortsfeuerwehren die Gemeindefeuerwehr bilden und stellt ausdrücklich klar, dass jede für einen Ortsteil gebildete Freiwillige Feuerwehr nicht selbstständig, sondern Bestandteil der Gemeindefeuerwehr ist (vgl. Gesetzesbegründung zu § 15 in Drs. 3/9866). Daher führen die Ortsfeuerwehren auch den Namen der Gemeinde oder Stadt. Es wird den Ortsfeuerwehren jedoch gestattet, einen Namenszusatz zu führen.

Aus § 15 Absatz 4 Satz 1 SächsBRKG ergibt sich nicht, dass in jedem nach Hauptsatzung der Gemeinde oder Stadt bzw. Ortschaftsverfassung eingerichteten Ortsteil eine Ortsfeuerwehr bestehen muss. Hier sind einsatztaktische Erwägungen maßgeblich und im Brandschutzbedarfsplan

dokumentiert. Ausgehend von der damaligen Regelungsabsicht, die nach der Gemeindegebietsreform entstandenen Ortsteile auch feuerwehrseitig in die Gemeinde oder Stadt einzubinden, bestehen keine Bedenken, bereits weit vor dieser Gemeindegebietsreform gebildete Feuerwehreinheiten Freiraum bei deren Namensgestaltung zu lassen. Der Begriff „Ortsfeuerwehr“ muss hier nicht verwendet werden. Begriffe hierfür können z.B. „Feuerwehrstandort“, „Löschgruppe“ oder „Löschzug“ sein. Diese finden bereits mancherorts Anwendung. In der Musterfeuerwehrsatzung wird beispielhaft der Feuerwehrstandort verwendet.

Insbesondere im Interesse der Reduzierung des Verwaltungsaufwandes für ehrenamtliche Führungskräfte sollte es Ziel sein, die Führungsorganisation der Feuerwehr nicht durch zu viele Untergliederungen und eine zu große Zahl von Empfängeradressen zu belasten. Als Maßstab können hier die Vorgaben zur Führungsorganisation aus der FwDV 100 dienen. Einheiten können auch aus mehreren Teileinheiten in mehreren Ortsteilen bestehen. Interessen der einzelnen Standorte können nach wie vor über Vertreterinnen und Vertreter in Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschüssen geltend gemacht werden. Geprüft werden sollte in jedem Fall, ob Kinder- und Jugendfeuerwehren, Alters- und Ehrenabteilungen und sonstige Abteilungen an die Ortsfeuerwehren angebunden sein müssen. Aus § 18 Absatz 10 SächsBRKG ergibt sich dies nicht! Vielmals wegen des demografischen Wandels stattfindende ortsfeuerwehrübergreifende Aktivitäten sollten zu einer entsprechenden Anpassung der Aufbauorganisation führen. Ebenso sollten Alters- und Ehrenabteilungen, Abteilungen mit hauptamtlichen Kräften, Abteilungen für logistische bzw. verwaltungsseitige Unterstützung oder zur Stationierung von Feuerwehrangehörigen mit vorübergehend ruhenden Mitgliedschaftsrechten und -pflichten parallel zu den für den aktiven Feuerwehrdienst vorgesehenen Gliederungen stehen und direkt an den Gemeinde-/Stadtwehrleiter angebunden sein. Die im Plural gehaltene Formulierung in § 18 Absatz 10 SächsBRKG bezieht sich auf die Gesamtzahl der Gemeinde-/Stadtfeuerwehren. Daraus folgt, dass je Gemeinde-/Stadtfeuerwehr nur eine spezifische Abteilung möglich und sinnvoll ist. Diese kann dann auf Ortsebene Untergliederungen aufweisen. Im SächsBRKG genannte Beispiele sind Alters- und Ehrenabteilung, sowie Kinder- und Jugendfeuerwehr.

Die Entscheidung über die Bildung und Auflösung von Untergliederungen der nach § 1 Absatz 3 Satz 3 bestehenden Einheiten liegt beim Gemeinde-/Stadtwehrleiter, der den Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschuss einbeziehen kann (Aufnahme der Thematik in § 13 Absatz 1 möglich, dann Entscheidung nach § 12 Absatz 2, letzter Satz).

Zu § 2:

Absatz 1: Neben den sich aus dem SächsBRKG ergebenden Pflichtaufgaben der Brandbekämpfung und technischen Hilfe sollten sie bei den Aufgaben nach § 6 SächsBRKG zumindest soweit mitwirken, wie die regelmäßig ehrenamtliche Aufgabenerfüllung dies zulässt. Ausführungsbestimmungen zum Mitwirkungsumfang sollten im Sinne der Aufgabenklarheit in Form von schriftlichen Dienstanweisungen getroffen werden.

Absatz 2: Es ist es nicht ausgeschlossen, der Feuerwehr auch weitere Aufgaben, so z.B. Aufgaben bzw. Aufgabengebiete des Wasserwehrdienstes nach § 85 Absatz 1 SächsWG, zu übertragen. Die Gemeinden und Städte sollten in diesem Zusammenhang prüfen, ob eine kombinierte

Feuerwehr- und Wasserwehrsatzung zu einer Reduzierung des Verwaltungsaufwandes und zu einer effizienteren Führungsorganisation in derartigen Krisenlagen beitragen kann. Für diese weiteren Aufgaben muss sich immer die Frage der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr stellen. Beispiel hierfür ist die Frage der Beteiligung an der Bekämpfung der Borkenkäferkalamität. Hier hat das SMI Hinweise zur selbstkritischen Einschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit und Abkömmlichkeit der Feuerwehren und derer Angehöriger mit Erlass vom 30.08.2019, Az.: 38-2129/11/1-2019/72236, gegeben.

Zu § 3:

Zur Frage der Stellung hauptamtlich tätiger Personen in der Gemeinde- und Stadtwehrleitung wird auf die Ausführungen zu § 12 verwiesen.

Zu § 4:

§ 18 Absatz 2 SächsBRKG beschreibt die Aufnahmevoraussetzungen, so dass diese in der Satzung nicht wiederholt werden müssen. Nach § 18 Absatz 9 SächsBRKG kann die Kommune das Nähere zur Aufnahme des Feuerwehrdienstes durch Satzung regeln. Empfohlen wird, mit dem Aufnahmeantrag eine separate Erklärung über die Bereitschaft zur Teilnahme an der Aus- und Fortbildung zu fordern, um die fachlichen Anforderungen für den aktiven Feuerwehrdienst hervorzuheben und auf den jährlichen Mindestumfang an Fortbildung am Standort nach Abschluss der Truppmann/-frau Ausbildung hinzuweisen (40 Stunden nach Teil 1, Ziffer 1.10 der FwDV 2, Ausgabe 2012). Damit kann der interessierten Person bereits im Aufnahmeprozess das wesentliche Aufnahmekriterium verdeutlicht werden. Gleiches gilt für die Frage der Dienstzeit, der sog. Amtsneutralität und der Tätigkeiten in anderen Feuerwehren bzw. alarmbasierten Hilfseinheiten. Eigenerklärungen reichen hier aus.

Möglich erscheint auch, eine Erklärung zur „Wohn- bzw. Aufenthaltslage“ insbesondere bei sogenannten Doppelmitgliedschaften zu fordern.

Rechtliche Basis für die bei Aufnahmeanträgen Minderjähriger geforderte Bestätigung über die gesundheitliche Eignung ist § 18 Absatz 2 SächsBRKG und § 6 Absatz 1 DGUV-Vorschrift 49. Soweit – ggf. trotz Bestätigung der gesundheitlichen Eignung durch die Personensorgeberechtigten - konkrete Anhaltspunkte bestehen, aus denen sich Zweifel an der körperlichen oder geistigen Eignung ergeben, hat sich nach § 6 DGUV-Vorschrift 49 die Kommune auf eigene Kosten die Eignung ärztlich bestätigen zu lassen. Die Regelung entbindet allerdings nicht die verantwortlichen Führungskräfte von der aufmerksamen Begleitung der Minderjährigen gerade in gesundheitlichen Fragen.

Für Aufnahmen in musiktreibende Züge oder ggf. bestehende sonstige (unterstützende) Abteilungen können spezifische Anforderungen in der Satzung, aber auch ergänzend in einer Dienstanweisung konkretisiert werden. Im Rahmen der Satzungsregelung (Absatz 2) wäre zu entscheiden, in welchem Maße die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen vollumfänglich oder nur teilweise anzuwenden sind.

Hinweise zur möglichen Regelung der Doppelmitgliedschaft

Mit Blick auf die durch § 18 Absatz 2 SächsBRKG bestehende Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft sollten Rahmenvorgaben in der Feuerwehrsatzung festgelegt werden, um Feuerwehrangehörigen bzw. Interessierten klare, einheitliche und motivierende Vorgaben aufzuzeigen. Zunächst sollte der Einzugsbereich einer Ortsfeuerwehr bzw. eines Feuerwehrstandortes für die (potenziellen) Angehörigen bestimmt werden. Dies kann durch Kartendarstellung oder Beschreibung von Orts-/Straßennamen erfolgen. Hierzu kann die Ebene einer der Satzung nachgeordneten Dienstanweisung gewählt werden, um ausreichend flexibel auf sich kurzfristig ändernde Bedingungen reagieren zu können. Damit soll zugleich sichergestellt werden, dass Angehörige sich auch im für sie nächst gelegenen/am schnellsten erreichbaren Feuerwehrhaus bei Alarm einfinden können.

Weiterhin kann auf Ebene einer Dienstanweisung geregelt werden, welcher Umfang an regelmäßiger Verfügbarkeit erforderlich erscheint, um die betreffende Einheit insbesondere tagsüber einsatzbereit zu halten. Um hierfür einen Maßstab zu festzulegen, kann z.B. auf die von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen der Antwort auf die Kleine Anfrage Drs.-Nr. 6/14303 vorgenommene Definition zur aktiven Mitgliedschaft zurückgegriffen werden. Nach dieser liegt ein aktiver ehrenamtlicher Dienst jedenfalls dann vor, wenn der Angehörige im Regelfall an mindestens zwei Tagen je Woche einsatzbereit ist. Diese Definition bezieht sich auf Grund des damaligen Fragenzusammenhangs nicht auf das Doppelmitglied, sondern auf den originären Feuerwehrangehörigen. Wenn dieser an den zwei Tagen, etwa am Wochenende, je 12 Stunden einsatzbereit ist (z. B. von jeweils Fr, 18 Uhr, bis Sa, 6 Uhr, und von Sa, 18 Uhr, bis So, 6 Uhr), ließe sich ein wöchentlicher Verfügbarkeitsumfang von 24 Stunden ableiten. Genauso kann die sich aus den bisherigen Erfahrungen mit Doppelmitgliedern ergebende wöchentliche Arbeitszeit dieser als Grundlage dienen. Vermieden werden sollten geringfügige Verfügbarkeitsumfänge von wenigen Stunden pro Woche, weil hier Nutzen und Aufwand kritisch zu hinterfragen sind. Der Vollzug sollte zu Beginn und dann in regelmäßigen Abständen geprüft werden, um festzustellen, ob die Anforderungen an die und die Bedürfnisse der betreffenden Angehörigen (und deren Arbeitgeber) gewahrt sind. Insbesondere zur Wahrung arbeitgeberseitigen Interessen kann deren Einsatzbereitschaft auf den Zeitraum begrenzt werden, in dem die Einsatzbereitschaft kritisch ist.

Die Satzung kann zudem regeln, dass Personen für eine Doppelmitgliedschaft den Nachweis der bereits bestehenden aktiven Mitgliedschaft in einer anderen Feuerwehr per Eigenerklärung führen. Hintergrund ist insbesondere der erforderliche Qualifikationserhalt und die im Zweifel notwendige Klärung, welche Feuerwehr originäre Feuerwehr ist.

Im Aufnahmeprozess ist die Regelung in § 18 Absatz 2 Satz 4 SächsBRKG zu beachten. Diese ist als Obergrenze zu verstehen.

Absatz 4: Die charakterliche Eignung einer sich bewerbenden Person ist im Wesentlichen aus dem *status quo* ableitbar. Entscheidend ist, ob diese der von ihr zu fordernden Loyalität, Aufrichtigkeit, Zuverlässigkeit, Fähigkeit zur Zusammenarbeit und Dienstauffassung gerecht werden wird. Dies erfordert eine wertende Würdigung aller Aspekte des Verhaltens der Person, die einen Rückschluss auf die für die charakterliche Eignung relevanten persönlichen Merkmale zulassen (vgl. BVerwG, Beschluss vom 20.07.16 – 2 B 17.16 – juris Rn. 26 m. w. N.). Diese Würdigung kann der Gemeinde-/Stadtwehrlleiter anhand dessen, was ihm über die sich bewerbende Person bekannt ist, mit weit geringeren Unsicherheiten als bei der Frage der gesundheitlichen Eignung vornehmen; dass diese Prognose sich maßgeblich an den Anforderungen der Feuerwehr und deren Selbstverständnis orientiert, ist nicht zu beanstanden, sondern macht gerade den Beurteilungsspielraum des Gemeinde-/Stadtwehrlleiters aus.

In Variante 1 zu Absatz 4 werden nunmehr präzise Tatbestandvoraussetzungen für einen Teilbereich der charakterlichen Eignung formuliert. Mit dem Feuerwehrdienst ist es unvereinbar, die verfassungsmäßige Ordnung durch konkrete Bestrebungen und Mitgliedschaften in entsprechenden Organisationen in Frage zu stellen. Vorgeschlagen wird, im Regelfall dann von einer Unzuverlässigkeit bzw. mangelnden Eignung der sich bewerbenden Person auszugehen (Regelvermutung), wenn diese einer im aktuellen Verfassungsschutzbericht separat gelisteten Bestrebung zugeordnet werden kann bzw. ihr angehört bzw. diese unterstützt. Die konkrete Aktivität der Person (Bestrebung verfolgen oder unterstützen sowie bloße Mitgliedschaft) müsste dann von dem Gemeinde-/Stadtwehrleiter jedoch bewiesen werden können. Nach der derzeitigen Rechtslage hat der Gemeinde-/Stadtwehrleiter bei einem ehrenamtlich Tätigen kein Recht, eine separate Anfrage an das Landesamt für Verfassungsschutz zu stellen. Insoweit kommt es hier auf öffentlich zugängliche Informationen bzw. eine Selbsterklärung der Person an.

Variante 2 sieht eine allgemeiner gehaltene Eignungsdefinition vor. Variante 3 verzichtet ganz auf eine nähere Erläuterung.

Absatz 5: Vorgeschlagen wird, mit der Aufnahme der Person die Feuerwehrsatzung, die sonstigen relevanten Regelungen und ein Dienstaussweis zu übergeben. Der Dienstaussweis kann auch zu einem späteren Zeitpunkt, z.B. dem Ende der Grundausbildung/dem Beginn des Einsatzdienstes übergeben werden. Entsprechend ist die Formulierung anzupassen. Es bietet sich an, den neuen Angehörigen durch Unterschriftsleistung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben, die sich aus den o.g. Bestimmungen ergeben, zu verpflichten.

Eine separate Satzungsregelung zur Ablehnung eines Aufnahmegesuchs ist wegen der gesetzlichen Regelung in § 18 Absatz 3 Satz 4 SächsBRKG nicht erforderlich.

Zu § 5:

Durch die umfassende Regelung in § 18 Absatz 4 SächsBRKG ist für diese Fälle lediglich eine Verfahrensbestimmung in der Satzung erforderlich. Für die Entscheidungen nach § 18 Absatz 5 bis 7 SächsBRKG erfolgt ein schriftlicher Feststellungsbescheid. Der Gemeinde-/Stadtwehrleiter liefert für den Feststellungsbescheid einen Fachbeitrag. Er erstellt den Bescheid üblicherweise nicht selbst. Der Vollzug des § 18 Absatz 4 SächsBRKG können schriftlich oder in elektronischer Form erfolgen. Mit den Wörtern „in elektronischer Form“ sind jedwede Formen einfacher elektronischer Kommunikation gemeint.

Sofern der Gemeinde-/Stadtwehrleiter an der gesundheitlichen Eignung berechtigte Zweifel hat, ist durch die Kommune (ggf. auch in regelmäßigen Abständen) die Bestätigung der gesundheitlichen Eignung zu veranlassen und zu finanzieren (vgl. § 6 Absätze 1 und 6 DGUV-Vorschrift 49). Für Minderjährige sollte mit dem Entzug der Zustimmung bereits eines Personensorgeberechtigten der Feuerwehrdienst enden.

Eine automatische Beendigung des Feuerwehrdienstes durch Erreichen des (flexiblen) Rentenalters ist nicht gegeben. Damit wird verhindert, dass trotz gesundheitlicher Eignung eine Beendigung des aktiven Feuerwehrdienstes erfolgt.

Die Antragsbefugnis auf Dienstbeendigung steht auch Angehörigen zu (§ 18 Absatz 5 SächsBRKG). Wie detailliert der Nachweis der besonderen Härte geprüft wird, obliegt dem Gemeinde-/Stadtwehrleiter.

Die Regelung in Absatz 3 soll die nicht abschließende Aufzählung in § 18 Absatz 6 Satz 2 SächsBRKG erweitern. Insbesondere kann so der Dienst von Angehörigen beendet werden, die z.B. wegen Wegzug oder Tätigkeit in Hilfsorganisationen tatsächlich nicht mehr für Einsätze zur Verfügung stehen. Damit soll eine Formulierungshilfe zur Beseitigung sog. „Karteileichen“ im Bereich der Angehörigen des aktiven Feuerwehrdienstes angeboten werden. Absatz 3 bietet mit Buchstabe c) auch an, die mancherorts bereits bestehende Regelung zur „Probezeitkündigung“ rechtmäßig abzubilden. Eine „Probezeitregelung“ kann am Beginn des Feuerwehrdienstes stehen. Ohne ein erfolgreiches Absolvieren der Basislehrgänge in einem gewissen Zeitraum (Vorschlag: maximal 3 Jahre) ist ein dauerhafter aktiver Feuerwehrdienst nicht möglich. Zudem fehlt es dadurch an einer ausreichenden Verfügbarkeit der Angehörigen für den Einsatzdienst. Mit Buchstabe e) wird die Zielstellung verfolgt, bei kontinuierlichem Fernbleiben zu Alarmeinsätzen und Ausbildungsdiensten als Kernaufgabe einer Feuerwehr eine eindeutige Grundlage zum Ausschluss zu schaffen.

Eine Wiederholung der ausführlichen Verfahrensregeln der § 18 Absatz 7 und 8 SächsBRKG auf Satzungsebene kann entfallen.

Die Maßnahmen sollten verwaltungsseitig vollzogen werden. Der Gemeindeführer liefert hierfür einen Fachbeitrag. Er erstellt den Verwaltungsakt üblicherweise nicht selbst.

Absatz 4 bezieht die Angehörigen der weiteren Abteilungen mit ein. Bei Ausscheiden bietet sich ein Tätigkeitsnachweis an (Absatz 5).

Zu § 6:

Mit Absatz 2 soll gesichert werden, dass Freistellungen und damit verbundene kommunale Leistungen für Lohnfortzahlung oder für Verdienstaussfall vom Gemeinde-/Stadtwehrleiter im Rahmen seiner Gesamtverantwortung gesteuert erfolgen können.

Die Anzeigepflicht in Absatz 5 dient der Kenntnis über Einsatzverfügbarkeiten und damit der Einsatzbereitschaft. Die auf Basis dieser Pflicht erfolgte Änderungsmeldung bildet auch die fachliche Grundlage für Entscheidungen zur Dienstbeendigung nach § 5 Absatz 3. Mit den Wörtern „in elektronischer Form“ sind jedwede Formen einfacher elektronischer Kommunikation gemeint.

Absatz 6 bietet eine Verfahrensregelung für minderschwere Fehlverhalten an und verweist verfahrensseitig auf die Regelungen in § 18 Absatz 7 und 8 SächsBRKG. Zu beachten ist, dass vorübergehend wirkende Sofortmaßnahme im Bereich Teilnahmeausschluss über das Hausrecht möglich sind. Grundlage bietet hierfür die zu erlassende Haus- bzw. Objektordnung.

Absatz 7 beschreibt ein mögliches Verfahren, wie mit Angehörigen verfahren werden kann, die ihre Kernpflichten (Ausbildungsteilnahme und Einfinden am Feuerwehrhaus nach Alarm) nicht erfüllen können. Näheres kann und sollte hier im Rahmen einer Dienstanweisung geregelt werden, insbesondere die Frage, welche „Wiedereingliederungszeit“ für eine Teilnahme an Einsätzen als erforderlich angesehen wird. Sinnvoll erscheinen hier mind. 10 Ausbildungsstunden, um Technik, Mannschaft und Taktik wieder kennen zu lernen.

Zu § 7:

Die Jugendfeuerwehr ist eine Abteilung der Gemeinde- oder Stadtfeuerwehr, ggf. mit untergliederten Teileinheiten auf Standort- oder Ortsebene.

Die untere Altersgrenze für die Aufnahme in die Jugendfeuerwehr ist in § 18a SächsBRKG definiert und damit deren Wiederholung hier nicht erforderlich. Die Empfehlung zur Eintrittsbergrenze bleibt auf Bitte der Landesjugendfeuerwehr Sachsen im Landesfeuerwehrverband Sachsen e.V. vorerst bei 16 Jahren. Die Festlegung der Austrittsbergrenze liegt ebenfalls in der Entscheidungsgewalt der Kommune. Die Beendigung der Mitgliedschaft in der Jugendfeuerwehr sollte allerdings präzise geregelt werden, um die klare inhaltliche Trennung zwischen Einsatzdienst und Jugendorganisation zu dokumentieren. Das SMI hält ein Nichtüberschreiten des vollendeten 21. Lebensjahres für sinnvoll. In der Praxis wird dieses Alter für die Mitgliedschaft wohl nicht vorkommen, weil ein zügiger Übertritt in den aktiven Feuerwehrdienst beiderseitiges Interesse darstellt. Ausgeschlossen werden kann aber nicht, dass z.B. bei Erreichen/Überschreiten der sich aus dem Brandschutzbedarfsplan ergebenden Maximalzahl Angehöriger im aktiven Feuerwehrdienst ein Übertritt verzögert werden muss. Aus diesem Grund werden im Absatz 3 nur Sachgrundbeendigungen genannt und keine Altersbergrenze starr festgelegt. Diese Festlegung kann natürlich vor Ort erfolgen, insbesondere um begehrte Plätze in der Jugendfeuerwehr frei zu lenken. Für den Vollzug erscheint wichtig, dass keine Doppelerfassung in der Jugendfeuerwehr und der aktiven Abteilung erfolgt, auch mit Blick auf die Vermeidung förderrechtlicher Problemstellungen (Pauschalförderungen Jugendfeuerwehr und aktive Mitgliedschaft). Mit den Wörtern „in elektronischer Form“ sind jedwede Formen einfacher elektronischer Kommunikation gemeint.

Das Bestellungsverfahren des Leiters der Abteilung Jugendfeuerwehr, seines Stellvertreters, der Leiter der Gliederungseinheiten sowie deren Stellvertreter sind in § 15 geregelt. Dort wird ebenfalls die Bezeichnung geregelt (Gemeinde-/Stadtjugendfeuerwehrwart, Jugendfeuerwehrwart). Näheres zur Jugendfeuerwehr und deren Dienstdurchführung sollte in einer Dienstanweisung festgelegt werden. Die Möglichkeit der Wahl des Jugendfeuerwehrwartes durch die Mitglieder der Jugendfeuerwehr wird auf Grund der hier besonderen Verantwortung des Gemeindeführers nicht mehr vorgeschlagen (vgl. Erlass zur Abgrenzung zwischen Kinder- und Jugendfeuerwehren im Freistaat Sachsen vom 2. Oktober 2015, Az.: 37-1510/77). Vielmehr könnte ein „Vertrauensperson“ gewählt werden (kein Formulierungsvorschlag in der Musterfeuerwehrsatzung), um etwaige Konfliktsituationen zu reduzieren.

Die Entscheidung über die Einrichtung und Schließung einer Gliederungseinheit/Jugendgruppe liegt beim Gemeinde-/Stadtwehrliter, der den Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschuss einbeziehen kann (Aufnahme der Thematik in § 13 Absatz 1 möglich, dann Entscheidung nach § 12 Absatz 2, letzter Satz).

Die Mitgliedschaft in der Jugendgruppe sollte (sofern es keine ortswehrübergreifenden Gruppen gibt) an den räumlichen Rahmen bzw. den Einzugsbereich der Ortsfeuerwehr bzw. des Feuerwehrstandortes angeglichen werden (Verweis auf § 4). Insbesondere bei Wegzug aus dem Einzugsgebiet der Jugendgruppe sollte konsequent auch eine Beendigung der Mitgliedschaft in der Jugendgruppe vorangetrieben und eine Empfehlung zur Neumitgliedschaft am neuen Wohnort gegenüber den Personensorgeberechtigten ausgesprochen werden.

Soweit eine kombinierte Kinder- und Jugendfeuerwehr-Abteilung geschaffen werden soll, ist dies zunächst auf Gemeinde-/Stadtfeuerwehrebene (§ 1 Absatz 3) zu bestimmen.

Zu § 8:

Die untere Altersgrenze für die Aufnahme in die Kinderfeuerwehr ist in § 18a SächsBRKG definiert und damit deren Wiederholung hier nicht erforderlich.

Die Regelungen zur Kinderfeuerwehr sollten sinngemäß denen der Jugendfeuerwehr entsprechen. In einer Dienstanweisung sollte geregelt werden, dass für die Leitung und Betreuung der Kinderfeuerwehr (Betreuungspersonal) vom Gemeinde-/Stadtwehrleiter nur Personen bestellt werden können, die pädagogisch geschult oder fachlich besonders für den Umgang mit Kindern qualifiziert sind. Auf den Erlass zur Abgrenzung zwischen Kinder- und Jugendfeuerwehren im Freistaat Sachsen vom 2. Oktober 2015, Az.: 37-1510/77 und die darin enthaltenen Qualifikationsanforderungen wird verwiesen. In der Bestellung ist festzulegen, welche konkreten Aufgaben in der Kinderfeuerwehr übertragen werden. Der Kinderfeuerwehrwart, sein Stellvertreter, Betreuerinnen und Betreuer müssen nicht Angehörige im aktiven Feuerwehrdienst sein. Betreuerinnen und Betreuer müssen nicht der Gemeinde-/Stadtfeuerwehr angehören.

Zu § 9:

Zur Gliederung vgl. Ausführungen zu § 1 Absatz 3.

Die Entscheidung über die Einrichtung und Schließung einer Gliederungseinheit/Gruppe liegt beim Gemeinde-/Stadtwehrleiter, der den Gemeinde-/Feuerwehrfeuerwehrausschuss einbeziehen kann (Aufnahme der Thematik in § 13 Absatz 1 möglich, dann Entscheidung nach § 12 Absatz 2, letzter Satz). Auch hier wird eine Untergliederung für sinnvoll erachtet, wenn es sich um eine größere Personenzahl an unterschiedlichen Orten handelt. Zur Bestellung der Leiter vgl. § 15, ggf. nach vorheriger Anhörung der Mitglieder, siehe Alternativtext.

Mit dem Übertritt in die Alters- und Ehrenabteilung erlischt ein Großteil der Pflichten für den aktiven Feuerwehrdienst, zugleich aber auch ein Großteil der Rechte für Angehörige im aktiven Feuerwehrdienst. Zu den Möglichkeiten zur Beendigung des Dienstes vgl. § 5 Absatz 4.

Weiterbestehende Rechte und Pflichten sollten sein bzw. sind: Wahlrecht (§ 6 Absatz 1), Aufwandsentschädigung für Sonderaufgaben (§ 63 Absatz 1 Satz 2 SächsBRKG), Auslagen- und Schadensersatz (§ 63 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 SächsBRKG), Befolgen dienstlicher Weisungen, Verpflichtung zum vorbildlichen und kameradschaftlichen Verhalten, Beachtung der Unfallverhütung und sorgsamer Umgang mit anvertrauten Gegenständen (§ 6 Absatz 3, Buchstabe c) bis g)). Auch müssen die Konsequenzen bei Dienstpflichtverletzungen gelten (§ 6 Absatz 6).

In einer örtlichen Satzung könnte zudem geregelt werden, dass Angehörige der Alters- und Ehrenabteilung auf eigenen Antrag freiwillig und ehrenamtlich Aufgaben der Feuerwehr – mit Ausnahme des Einsatzdienstes – übernehmen können, soweit sie hierfür die entsprechenden Kenntnisse besitzen und körperlich geeignet sind. Dazu zählen insbesondere Aufgaben der Aus- und Fortbildung, der Gerätewartung und der Brandschutzerziehung. Auch Aufgaben im vorbeugenden Brandschutz können im Einzelfall hier in Frage kommen. Es sollte in diesen Fällen in der Satzung festgelegt werden, dass Angehörige der Alters- und Ehrenabteilung, wenn sie diese Aufgaben erfüllen, der fachlichen Aufsicht des Gemeinde-/Stadtwehrleiter unterliegen und nach dessen Weisung handeln.

Auch hier wäre bei Bedarf eine durch den Bürgermeister erlassene Dienstanweisung möglich, die die Dienstdurchführung regelt.

Zu § 10:

Neben der Berufung sollte auch die Abberufung per Satzung dem Bürgermeister übertragen werden (und nicht nur der Gemeinde-/Stadtverwaltung wie in § 5 geregelt). Für die Abberufung könnte wohl ausschließlich eine Ansehensschädigung als Grund in Frage kommen. Die Anhörung des Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschusses erscheint sinnvoll, um eine weit reichende Zustimmung darzustellen. In kritischen Situationen steht es dem Bürgermeister frei, auch ohne Einverständnis der Gemeinde-/Stadtfeuerwehr zu handeln.

Zu § 11:

Im Kern kann die Gemeinde-/Stadtfeuerwehr aus der Hauptversammlung, dem Kollegialorgan Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschuss und dem Gemeinde-/Stadtwehrleiter bestehen. Die Verwendung des Wortes „Leitung“ in § 17 SächsBRKG stellt lediglich eine sprachliche Verkürzung für Gemeinde-/Stadtwehrleiter oder Gemeinde-/Stadtwehrleiterin dar. Lediglich der Gemeinde-/Stadtwehrleiter ist landesrechtlich vorgeschrieben. Die anderen Organe können der Sicherung der innerbehördlichen Beteiligung dienen. Hier ist die Kommune frei, ob und wie sie diese vornimmt. Zumindest für das Wahlverfahren wird eine Wahlversammlung benötigt. Auch für die jährliche Berichterstattung, Übergabe von Ehrungen, Auszeichnungen usw. bietet sich eine Versammlung an, zu der alle betreffenden Angehörigen eingeladen werden. In großen Kommunen könnte aber auch wegen der sehr großen Anzahl aller Angehörigen auf eine Delegiertenversammlung abgestellt werden.

Der Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschuss kann auch einen anderen Namen tragen. Sofern weitere Organe erforderlich sind, müssten diese hier benannt werden. Da Ortswehrleiter den Weisungen des Gemeinde-/Stadtwehrleiters unterliegen (§ 17 Absatz 3 SächsBRKG), besteht keine Verpflichtung, diese als Organ zu installieren, ebenso wenig besteht eine Verpflichtung, einen Ortsfeuerwehrausschuss einzurichten. Wichtig erscheint, vor Satzungsänderung eine Diskussion über erforderliche Steuerungsbedarfe durchzuführen, um zunächst Konsens über das Ziel der Regelung zu erreichen. Möglich wäre auch ein Verzicht auf den Feuerwehrausschuss, wenn anderweitig innerbehördliche Beteiligung gesichert werden kann. Hierzu besteht zwar keine Verpflichtung, weil insbesondere das Personalvertretungsgesetz o.ä. Regelungen hier mangels bestehender Beschäftigteneigenschaft nicht gelten. Es wird jedoch dem „Betriebsfrieden“ förderlich sein. Beispielsweise könnte ein Gremium, das durch die Ortswehrleiter und deren Stellvertreter gebildet wird, diese Funktion erfüllen, um zusätzliche Wahlverfahren zu vermeiden. Die Satzung setzt konsequent den durch § 17 SächsBRKG gegebenen Ansatz der Konzentration der Befugnisse und Pflichten beim Gemeinde-/Stadtwehrleiter um, weil dieser auch allein dafür die Verantwortung trägt. Daher ist es nicht nötig und rechtlich fraglich, an dessen Stelle ein Kollegialorgan in Form einer „Gemeinde-/Stadtwehrleitung“, etwa bestehend aus dem Gemeinde-/Stadtwehrleiter und seinen Stellvertreter(n) und den Ortwehrleitern einzurichten.

Zu § 12:

Variante 1 für Absatz 1: In den derzeit acht sächsischen Städten mit Berufsfeuerwehr nimmt der Leiter der Berufsfeuerwehr die Aufgaben des Stadtwehrleiters wahr (§ 19 SächsBRKG). Gleiches gilt für die Stellvertreterposition. Eine Erwähnung dieser gesetzlichen Regelung in die Satzung sollte zur Klarstellung schon wegen der Stellvertreterfrage erfolgen. Eine Satzungsregelung zur Bestellung oder Abberufung - wie in § 17 Absatz 2 SächsBRKG gefordert - ist hier nicht vorzunehmen, da § 19 SächsBRKG eine Spezialregelung trifft. Wie die Position eines Leiters einer Berufsfeuerwehr besetzt wird, ist als Personalangelegenheit der jeweiligen Stadtverwaltung einzuordnen.

Variante 2 für Absatz 1: § 17 Absatz 2 SächsBRKG lässt zu, dass Gemeinde-/Stadtwehrleiter und deren Stellvertreter hauptamtlich tätig werden können. Weitergehende Regelungen, wie z.B. zum Auswahlprozess, bestehen fachgesetzlich nicht. Auch wenn sich die Befugnis der Kommune in § 17 Absatz 3 Satz 3, Näheres zur Bestellung und Abberufung durch Satzung zu regeln, nur auf die ehrenamtliche Gemeinde-/Stadtwehrleitung bezieht (vgl. Ausführungen zu Variante 3), kann hier zumindest eine Verfahrensregelung auf Basis des § 4 Absatz 1 Sächsische Gemeindeordnung getroffen werden. Diese Regelung kann aber auch im Rahmen der Hauptsatzung (Aufgabenabgrenzung zwischen Bürgermeister, Ausschuss und Gemeinde-/Stadttrat bei Personalangelegenheiten) erfolgen. Eine Verfahrensregelung erscheint sinnvoll, weil dadurch eine Beteiligung der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen als ein Teil des Personalauswahlverfahrens festgeschrieben wird und so auch spätere Vorwürfe, eine Entscheidung „über die Köpfe hinweg“ getroffen zu haben, entkräftet werden können.

Die Tätigkeit als hauptamtlicher Gemeinde-/Stadtwehrleiter bzw. stellvertretender Gemeinde-/Stadtwehrleiter setzt voraus, dass sich die betreffende Person in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis mit der entsprechenden Kommune befindet. Das erforderliche Personalauswahlverfahren erfolgt auf Basis einer Stellen- bzw. Tätigkeitsausschreibung. Innerbehördlich wird eine Tätigkeitsbeschreibung als Instrument zur Ermittlung der

Eingruppierung von Tarifbeschäftigten notwendig werden und eine entsprechend besetzbare Stelle im Stellenplan des kommunalen Haushaltes vorhanden sein müssen. Eine geringfügige Beschäftigung nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 SGB IV ist hier aber prinzipiell auch möglich.

Für das Personalauswahlverfahren bietet sich eine frühzeitige Beteiligung der Feuerwehrangehörigen an. Da hier eine langfristige, regelmäßig über fünf Jahre hinauswirkende Entscheidung getroffen wird, sollte zumindest vor der Ernennung die Hauptversammlung/der Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschuss angehört werden. Abhängig von den Zuständigkeitsregelungen in Personalangelegenheiten in der Hauptsatzung erfolgt die Ernennung durch Bürgermeister, Ausschuss oder Stadtrat.

Eine Verpflichtung, dass Personen vor deren Einstellung Angehörige der betreffenden Feuerwehr sein müssen, besteht nicht. Darüber hinaus wird für diese Personen auch keine Verpflichtung gesehen, dass sie zum Zeitpunkt der Bewerbung einer Feuerwehr haupt- oder ehrenamtlich angehören. Gleichwohl wird im Rahmen des Auswahlverfahrens darauf Wert gelegt werden müssen, dass bei den Personen entsprechende Führungserfahrungen vorhanden sind bzw. eine entsprechend ausreichende Basis hierfür gegeben ist. Da die Personen später für die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr verantwortlich sein werden, müssen sie fachlich in der Lage sein, diese beurteilen zu können und diese weiterentwickeln zu können.

Zwar sind nach § 18 Absatz 1 Satz 2 SächsBRKG hauptamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr nach den Grundsätzen für die Berufsfeuerwehren einzustellen und auszubilden. Für eine Gemeinde-/Stadtwehrleitung einer Feuerwehr mit allein ehrenamtlichen Angehörigen im aktiven Feuerwehrdienst muss aber nicht zwangsläufig die Qualifikation nach den Grundsätzen der Berufsfeuerwehren vorliegen. Entscheidend für die Zuordnung sind der Inhalt der Tätigkeitsbeschreibung und der tatsächliche Tätigkeitsumfang. Sobald Einsatzdienst geleistet werden soll, dürfte schon aus tarifrechtlichen Gründen eine Qualifikation nach den Grundsätzen für die Berufsfeuerwehren erforderlich sein. Ansonsten erscheint hier die Qualifikation „Leiter einer Feuerwehr“ ausreichend.

Als Beispiel für die mögliche Abgrenzung zum Einsatzdienst kann auf § 49 SächsBRKG verwiesen werden, der gerade nicht fordert, dass der Gemeinde-/Stadtwehrleiter der „natürliche“ Einsatzleiter ist. Zu beachten ist, dass die bei der Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Angehörigen essenzielle Voraussetzung zur Arbeitszeit in den Abendstunden und am Wochenende arbeitsvertraglich verbindlich erfolgt. Hier sind seitens der Kommune auch entsprechende Finanzmittel für entsprechende Zuschläge einzuplanen. Soweit arbeitsvertraglich kein Einsatzdienst vorgesehen ist, wäre die Teilnahme des hauptamtlichen Gemeinde-/Stadtwehrleiters bzw. des stellvertretenden Gemeinde-/Stadtwehrleiters an Einsätzen nur im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeit möglich. Hier ist allerdings zu beachten, dass gerade keine unmittelbaren arbeitnehmerseitigen Pflichten und nur die Regeln für ehrenamtliche Angehörige gelten können, was in der Praxis bei der Frage der Pflichterfüllung und der Kontrolle dieser zu Schwierigkeiten führen kann. Auch deswegen ist fraglich, ob dies arbeitnehmerseitig auf Dauer akzeptiert wird. Möglicherweise kann dies aber zumindest als Übergangslösung bis zur erforderlichen Qualifikation nach den Grundsätzen für die Berufsfeuerwehren angesehen werden.

Die bestehenden Möglichkeiten zur Eingruppierung sind dem TVöD zu entnehmen und im Bedarfsfall mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband abzustimmen.

Variante 3 für Absatz 1: Ehrenamtliche Gemeinde-/Stadtwehrleiter, Ortswehrleiter und deren Stellvertreter werden von den jeweiligen Hauptversammlungen gewählt und für die Dauer von fünf Jahren in der Regel vom Bürgermeister ggf. unter Beteiligung des Gemeinde-/Stadtrates berufen. Regelungen zur Wahl wurden in § 16 wegen der besseren Übersichtlichkeit gebündelt.

Die Befugnis der Kommune in § 17 Absatz 2 Satz 3 SächsBRKG, Näheres zur Bestellung und Abberufung durch Satzung zu regeln, bezieht sich nach dem Wortlaut der Regelung auf die Fälle, in denen ehrenamtliche Gemeinde-/Stadtwehrleitungen statt für fünf Jahre berufen (nur vorübergehend) bestellt werden oder während eines laufenden Berufszeitraums (aus besonderen Gründen) abberufen werden sollen. Beide Fallkonstellationen werden in dieser Musterfeuerwehrsatzung behandelt.

Die Befugnis, Näheres zur Wahl nach § 17 Absatz 2 Satz 3 SächsBRKG in der Satzung zu regeln, ergibt sich aus der „Generalklausel“ in § 15 Absatz 5 SächsBRKG.

Absatz 2: Mit Blick auf eine mögliche, aber keine verpflichtende Auffangzuständigkeit der Hauptversammlung für alle „wichtigen Angelegenheiten“ sollten die Angelegenheiten, die durch Gemeinde-/Stadtwehrleiter entschieden werden bzw. durch den Feuerwehrausschuss (§ 13) beraten werden, präzise, ggf. auch im Rahmen einer der Satzung nachgelagerten Dienstanweisung, gefasst werden. Hier können Aufgaben der „laufenden Verwaltung“ aufgeführt werden (Tätigkeitsbeschreibung). Es könnten auch betragsmäßige Grenzen für Entscheidungsbefugnisse über Beschaffungen (in Zusammenarbeit mit den gemeindlichen Vergabestellen) festgelegt werden. Die Kontrolle der Anwendung der Feuerwehr-Dienstvorschriften ist seine Aufgabe. Die Leitung von Einsätzen liegt nicht verpflichtend beim Gemeinde-/Stadtwehrleiter, vgl. Ausführungen zu Variante 2 für Absatz 1. Er entscheidet über die im Feuerwehrausschuss behandelten Fragen (§ 13 Absatz 1 Satz 2). Die Entscheidung über die Bildung und Auflösung von Gliederungen im Sinne des § 1 Absatz 3 Satz 3 liegt beim Gemeinde-/Stadtwehrleiter, der den Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschuss einbeziehen kann (Aufnahme der Thematik in § 13 Absatz 1 möglich, dann Entscheidung nach § 12 Absatz 2 letzter Satz).

Absatz 3: Weitere Aufgabe könnte z.B. die Brandverhütungsschau oder die Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren sein. Bei kleineren Gemeinden wird empfohlen, die Befugnis, weitere Aufgaben auf den (ehrenamtlichen) Gemeindeführer zu übertragen, beim Bürgermeister als Leiter der Gemeindeverwaltung zu belassen.

Absatz 4: Die Beratungsaufgabe erstreckt sich nur auf den Gemeinde-/Stadtwehrleiter bzw. dessen Abwesenheitsvertreter, nicht auf Ortswehrleiter. § 17 Absatz 1 SächsBRKG formuliert dies als „Soll-Vorschrift“. Dies bedeutet, dass dies nur im begründeten Ausnahmefall nicht erfolgen muss. Hieraus ergibt sich umgekehrt auch ein Anspruch auf Beteiligung in Form von Beratung, etwa bei feuerwehr- und brandschutztechnischen Angelegenheiten betreffende Vorlagen für Gemeinde-/Stadtratsbeschlüsse bzw. auf eine Begründung, warum dies im Ausnahmefall nicht erfolgt. Der Gemeinde-/Stadtwehrleiter soll - soweit es nur örtliche Belange betrifft - die örtlich zuständigen Ortswehrleiter/Leiter der Feuerwehrstandorte vorher beteiligen. Natürlich kann der Gemeinde-/Stadtwehrleiter zur Umsetzung seiner Beratungsaufgabe fachkompetente Angehörige hinzuziehen oder sich fachkompetent vertreten lassen.

Absatz 5: Hier wird die Anzahl der stellvertretenden Gemeinde-/Stadtwehrleiter festgelegt. Bei mehreren Stellvertretern legt der Gemeinde-/Stadtwehrleiter die Reihenfolge der Vertretung per Weisung fest. Gleiches gilt für Zuständigkeiten oder Aufgabengebiete. Eine Dienstanweisung des Bürgermeisters wird hier nicht für notwendig erachtet.

Absatz 6: Die Satzungsbestimmung zu Funktionen, für deren Besetzung Wahlen durchzuführen sind, kann auf das gesetzlich erforderliche Maß beschränkt werden, um Aufwände zu reduzieren. Personen für bestimmte Funktionen können vom Gemeinde-/Stadtwehrleiter bestellt werden (vgl. § 15). Dem vorgeschaltet sollte ein Diskussionsprozess zum Umfang tatsächlich erforderlicher Wahlpositionen vorausgehen (vgl. Erläuterung zu § 1).

Das Aufgabengebiet der nachgeordneten Führungskräfte wird beschrieben und das vollumfängliche Weisungsrecht des Gemeinde-/Stadtwehrleiters betont, das mit der Konzentration der Verantwortung auf seine Person korrespondiert.

Absatz 7: Es wird eine Möglichkeit beschrieben, wie Personen in Wahlämtern abberufen werden können. Für nach § 15 bestellte Personen gelten die dortigen Regeln. Für hauptamtliche Führungskräfte gelten die arbeitsvertraglichen Regeln bzw. beamtenrechtlichen Bestimmungen. Unabhängig davon gelten die Regeln für die Beendigung des Feuerwehrdienstes auch für die Personen in Wahlämtern.

Zu § 13:

Wie in § 11 beschrieben kann der Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschuss auch einen anderen Namen tragen. Es besteht auch keine Verpflichtung, ihn überhaupt einzurichten. Allerdings könnte dies negative Auswirkungen auf die „innerbehördliche“ Beteiligungsprozesse haben. In der Musterfeuerwehrsatzung ist er als beratendes Organ des Gemeinde-/Stadtwehrleiters beschrieben. Auf Grund der Stellung des Gemeinde-/Stadtwehrleiters ist eine Entscheidungsbefugnis des Ausschusses nicht angezeigt. Diese ginge dann zu Lasten der Hauptversammlung, sofern dieser eine Auffangzuständigkeit eingeräumt wurde. In jedem Fall sollten die Aufgaben präzise definiert werden. Der Gemeinde-/Stadtwehrleiter ist nicht verpflichtet, im Sinne des Beratungsergebnisses des Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschusses zu handeln. Es spricht viel dafür, dass die Fortschreibung der Brandschutzbedarfsplanung auch Angelegenheit des Ausschusses sein sollte, wenn dieser eingerichtet ist. Die Entscheidung über die Größe des Feuerwehrausschusses muss ebenfalls vor Ort mit Blick auf Erforderlichkeiten erfolgen. Es bietet sich an, neben den Vertreterinnen und Vertretern der Angehörigen im aktiven Feuerwehrdienst auch die Führungskräfte der weiter eingerichteten Abteilungen stimmberechtigt in dieses Gremium aufzunehmen, um deren Belange angemessen berücksichtigen zu können. Es besteht keine Verpflichtung, den Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschuss mit weiteren (stimmberechtigten) Angehörigen der Ortsfeuerwehren (nach einem Schlüssel) zu besetzen. Wenn man darauf verzichtet, muss Absatz 3 und § 16 Absatz 10 (Besetzungsverfahren) und Absatz 15 (Nachrückverfahren) gestrichen werden.

Sofern für die Schriftführung nach wie vor eine Person für erforderlich gehalten wird, nimmt dieser ohne Stimmrecht an den Beratungen des Gemeinde-/Stadtfeuerwehrausschusses teil.

Wichtig erscheint, vor einer Satzungsänderung eine Diskussion über die so möglichen Mehrheitsverhältnisse durchzuführen, um zunächst Konsens über das Ziel der Regelung zu erreichen.

Absatz 8 bietet die Möglichkeit, in Ortsfeuerwehren Ortsfeuerwehrausschüsse einzurichten. Eine Verpflichtung dazu besteht nicht.

Zu § 14:

Die Hauptversammlung kann, muss aber nicht mit einer Auffangzuständigkeit ausgestattet werden. Sie kann auch auf die Funktion als Forum für Wahl, z.B. ergänzt um Berichterstattung, Ehrung und Auszeichnung beschränkt werden. Sofern die Auffangzuständigkeit der Hauptversammlung für alle „wichtigen Angelegenheiten“ formuliert wird, sollten die Angelegenheiten, die durch Gemeinde-/Stadtwehleiter entschieden werden bzw. durch den Feuerwehrausschuss, § 13, beraten werden, präzise jeweils dort benannt werden. Sogenannte ordentliche Hauptversammlungen können auch mehrmals im Jahr stattfinden, beispielsweise, wenn man der Hauptversammlung Beratungs- und ggf. Entscheidungskompetenzen zu eher alltäglichen Sachverhalten eingeräumt hat. Allerdings ist der Verwaltungsaufwand dann entsprechend höher. Praktische Erfahrungen über ein solches Vorgehen liegen hier nicht vor. Der Auffangtatbestand gilt überdies nur für „wichtige“ Angelegenheiten. Hier kann durch eine Dienstanweisung (vgl. Ausführungen zu § 12 Absatz 2) Klarheit geschaffen werden.

Die Musterfeuerwehrsatzung sieht vor, dass alle Angehörigen der Gemeinde-/Stadtfeuerwehr - außer nicht stimmberechtigte Mitglieder der Kinder- und Jugendfeuerwehr (Absatz 2, zum Stimmrecht vgl. § 6 Absatz 1) - teilnehmen können. Das kann in der Praxis z.B. dazu führen, dass bei einer mitgliederstarken und auf der Hauptversammlung personell gut vertretenen Alters- und Ehrenabteilung Belange des aktiven Feuerwehrdienstes von diesen gegen die Stimmen der Angehörigen des aktiven Einsatzdienstes entschieden werden. Als geeignetes Instrument wird gegen derartige „Verschiebungen“ eine Festlegung zur Beschlussfähigkeit der Hauptversammlung in Absatz 3 eingeführt.

Darauf hingewiesen wird, dass sich aus höherrangigem Recht keine Mindestpräsenz für Sitzungen ableiten lässt, die nicht der Wahl zu den in § 17 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 1 SächsBRKG genannten Ämtern dienen. § 39 Absatz 2 Satz 1 SächsGemO ist hier nicht einschlägig, da diese Vorschrift nur auf den Gemeinde-/Stadtrat und auf Gremien, für die dies ausdrücklich bestimmt ist (z.B. § 41 Absatz 5 Satz 1, § 69 Absatz 1 Satz 1 SächsGemO), Anwendung findet. Eine darüberhinausgehende Analogiebildung scheidet aus, weil auf Grund der Satzungsbestimmung keine Regelungslücke besteht.

Mit den Wörtern „in elektronischer Form“ sind jedwede Formen einfacher elektronischer Kommunikation gemeint.

Zu § 15:

§ 15 regelt zentral die (ggf. zeitlich befristete) Bestellung von Personal zur Führung der taktischen Einheiten und für besondere Aufgaben. Da nach § 17 Absatz 1 Satz 2 SächsBRKG der Gemeinde-/Stadtwehrlleiter allein für die Leistungsfähigkeit und damit Einsatzfähigkeit der Feuerwehr verantwortlich ist, muss es ihm obliegen, zu bestimmen, wer diese Aufgaben in seinem Sinne erledigt. Mit den Wörtern „in elektronischer Form“ sind jedwede Formen einfacher elektronischer Kommunikation gemeint. Eine Wahl für derartige Positionen scheidet aus, weil es um Vollzugsaufgaben geht. Die Möglichkeit, örtlich betroffene Ortswehrlleiter bzw. die Leiter der Abteilungen für deren nachgeordnete Gliederungen in diesem Prozess zu beteiligen, ist durch die entsprechende Formulierung in Absatz 4 möglich.

Nach § 16 Absatz 3 SächsBRKG sind in den öffentlichen Feuerwehren die Feuerwehr-Dienstvorschriften anzuwenden. Gemäß Ziffer 1.4 der Feuerwehr-Dienstvorschrift 2 müssen Feuerwehrangehörige, die eine Funktion ausüben, die entsprechende Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. Die Vertreter von Führungskräften müssen die für die betreffende Funktion erforderliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben.

Ziffer 1.5 der Feuerwehr-Dienstvorschrift 2 bestimmt zudem, dass die befristete Wahrnehmung einer Führungsfunktion nur dann Feuerwehrangehörigen übertragen werden soll, wenn dies mindestens die Ausbildung für die vorhergehende Führungsfunktion erfolgreich abgeschlossen haben. Die befristete Wahrnehmung einer Funktion ohne erfolgreichen Abschluss der hierfür erforderlichen Ausbildung soll auf zwei Jahre begrenzt werden, in denen die erforderliche Ausbildung zu erwerben ist.

Auf Grund der bestehenden Verantwortung sollte die Entscheidung über die Einrichtung und Schließung einer Gliederungseinheit/Jugendgruppe sowie über die Bestellung bzw. Abbestellung der Jugendfeuerwehrwarte/Kinderfeuerwehrwarte beim Gemeinde-/Stadtwehrlleiter liegen.

Für die zu bestellenden Führungskräfte der Einheiten der Gemeinde-/Stadtfeuerwehr und der örtlichen Gliederungen sollte eine Anhörung der betreffenden Mitglieder vor einer Bestellung durch den Gemeinde-/Stadtwehrlleiter erfolgen (vgl. Alternativtext).

Die Position des Schriftführers erscheint in Zeiten einfach einsetzbarer moderner Kommunikations- und Dokumentationstechnik nicht mehr erforderlich. Insbesondere eine Wahl für diese Vollzugsaufgabe ist nicht angebracht. Soweit vor Ort weiterhin Bedarf nach der Position des Schriftführers gesehen wird, sollten die bestehenden Regeln zur Bestellung angewendet werden, da es sich hier um Vollzugsaufgaben handelt, für die der Gemeinde-/Stadtwehrlleiter die alleinige Verantwortung trägt.

Zu § 16:

Absatz 1: Das Wahlrecht sollte allen Angehörigen ab dem 16. bzw. 18. Lebensjahr zustehen, auch wenn diese im Einzelfall noch der Jugendfeuerwehr angehören sollten. Grundsätzlich sind aber Angehörige der Kinder- und Jugendfeuerwehr von diesem Wahlrecht ausgeschlossen (vgl. analoge Regel im Kommunalwahlrecht). Hintergrund ist die Zielsetzung, 16- bzw. 18-Jährige in den aktiven Feuerwehrdienst zu übernehmen.

Sofern die Aufgaben des Gemeinde-/Stadtwehrlers und seiner Stellvertreter ehrenamtlich (auch nicht im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung) wahrgenommen werden, wird eine Personenwahl erforderlich. Soweit Einheiten der Gemeinde-/Stadtfeuerwehren bereits vor den Gemeindegebietsreformen im Freistaat Sachsen bestanden (vgl. Erläuterungen zu § 1), kann auf das Wahlprozedere verzichtet werden und eine Bestellung nach § 15 durch den Gemeinde-/Stadtwehrlers erfolgen (z.B. Einrichtung eines Löschzuges).

Absatz 2: Die Übergangsregeln, so die Fortführung der Tätigkeit übergangsweise nach Ende der Berufungsdauer, sind erforderlich, um die Funktions- und Führungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Gleichwohl kann der Bürgermeister dies insbesondere in spannungsgeladenen Situationen, bei einem gestörten Vertrauensverhältnis oder bei direkt in der Person liegenden Gründen, wie z.B. verfassungsfeindlichen Aktivitäten des Betroffenen, ablehnen. In diesen Fällen kann er eine geeignete Person zur vorübergehenden Führung der Einheit bestellen. Diese geeignete Person sollte, muss aber (insb. aus Gründen ggf. erforderlicher Deeskalation) nicht der (gewählte) Stellvertreter sein. In angemessener Zeit nach diesem Prozess ist ein Wahlverfahren einzuleiten, um eine endgültige Besetzung der Wahlposition zu erreichen.

Für eine vorübergehende (befristete) Aufgabenwahrnehmung eines Wahlamtes durch einen vom Bürgermeister zu bestimmenden Feuerwehrangehörigen sind die Vorgaben der Ziffern 1.4 und 1.5 der Feuerwehr-Dienstvorschrift 2 maßgeblich. Danach müssen Feuerwehrangehörige, die eine Funktion ausüben, die entsprechende Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. Die Vertreter von Führungskräften müssen die für die betreffende Funktion erforderliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. Da es sich um Verhinderungsstellvertreter handelt, ist von der gleichen Qualifikationsebene auszugehen.

Für die befristete Wahrnehmung der Führungsfunktion im Zeitraum zwischen der Ablehnung bzw. des Ausschlusses der Amtsweiterführung des bisherigen Amtsinhabers und der Berufung eines gewählten Nachfolgers kommen auch Feuerwehrangehörige in Frage, die mindestens die Ausbildung für die vorhergehende Führungsfunktion erfolgreich abgeschlossen haben (vgl. Regelung Feuerwehr-Dienstvorschrift 2). Allerdings soll in diesem Fall die befristete Wahrnehmung der Führungsfunktion auf zwei Jahre begrenzt werden. Sofern in dieser Zeit die erforderliche Ausbildung erworben wurde, kann die befristete Aufgabenwahrnehmung bis zu den Neuwahlen auch verlängert werden.

Absatz 3: Auf detaillierte Vorgaben zur Wahlvorbereitungsphase wurde in der Mustersatzung verzichtet. Die Anwendung der zeitlichen Vorgaben des Kommunalwahlrechts ist möglich und kann – sofern keine Satzungsregelung dazu gewollt ist – auch im Rahmen einer Wahlordnung vorgeben werden. Nach Kenntnis des SMI boten verschiedentlich im Detail ungerichtete Wahlvorbereitungsphasen Anlass zu kontroversen Diskussionen in Gemeinde-/Stadtfeuerwehren. Insoweit wird eine entsprechende Ausarbeitung vor Ort empfohlen.

Zur Schaffung von Rechtsklarheit erscheint es sinnvoll, zumindest die erforderliche Qualifikation des ehrenamtlichen Gemeinde-/Stadtwehrleiters und seines/seiner Stellvertreter/s in der Satzung festzulegen. Dies könnte auch für die Ortswehrleiter und deren Stellvertreter erfolgen. Hier sollte vor Ort aber abgewogen werden, ob eine Satzungsregelung und damit längerfristige Bindung tatsächlich praktikabel ist. Durch laufende Entwicklungen bei Mitgliederzahlen und Fahrzeugtypen ist nicht ausgeschlossen, dass sich das erforderliche Qualifikationsniveau ändern könnte, so dass bei darauf folgenden Wahlen andere fachliche Voraussetzungen zu formulieren wären. Auch könnte der Satzungstext bei vielen, unterschiedlich großen Ortsfeuerwehren zu umfangreich werden. Um diese Anlässe für Satzungsänderungen auszuschließen, könnte diese Thematik in einer Dienstanweisung geregelt werden.

Zur Frage der Zulassung des Wahlvorschlags wird auf die anzuwendende Ziffern 1.4 und 1.5 der Feuerwehr-Dienstvorschrift 2 verwiesen. Gewählt und in die Führungsfunktionen berufen können nur Feuerwehrangehörige werden, die die entsprechende Ausbildung abgeschlossen haben. Gleiches gilt für die Vertreterposition.

Eine in der bisherigen Musterfeuerwehrsatzung enthaltene Formulierung zur Zulässigkeit der Wahl und der Berufung von noch nicht ausreichend qualifizierten Personen ist durch die mit der SächsBRKG-Novelle eingeführte Verbindlichkeit der Feuerwehr-Dienstvorschriften nunmehr entfallen, weil sie den Vorgaben der Ziffern 1.4 und 1.5 der Feuerwehr-Dienstvorschrift 2 entgegensteht. Zu den Folgen vgl. Erläuterungen zu Absatz 4.

Durch die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft in Feuerwehren ist eine Kandidatur für Wahlämter in beiden Feuerwehren nicht ausgeschlossen. Es wird deshalb empfohlen, Regelungen zur Präzisierung der Zulässigkeit entsprechender „Außenbewerbungen“ zu formulieren. Lediglich im Ausnahmefall sollte ein Wahlamt durch nicht in der „Feuerwehrgemeinde“ wohnende ehrenamtliche Angehörige übernommen werden, da der Hauptwohnsitz zugleich Nähe und Verbundenheit zur „Sitzgemeinde“ der Feuerwehr ausdrückt. Ausnahmen wären z.B. nur dann zulässig, wenn kein oder nur ein Kandidat für das betreffende Amt als Wahlvorschlag zur Verfügung steht.

Absatz 4: Wenn trotz Wahlankündigung (auch mit verlängerter Einreichungsfrist) oder nach Prüfung eingereicherter Bewerbungen keine geeignete Person zur Verfügung steht oder bei einer Wahl nicht die erforderliche Mehrheit nach Absatz 9 zustande kommt und der Amtsvorgänger nicht mehr zur Verfügung steht (vgl. Absatz 2), bestellt der Bürgermeister nach Absatz 2 eine geeignete Person, beim Gemeinde-/Stadtwehrleiter oder Ortswehrleiter insbesondere den entsprechenden Stellvertreter, unter Beachtung der Vorgaben der Feuerwehr-Dienstvorschrift 2 vorübergehend zur Wahrnehmung der Aufgaben.

Hier werden zwei Fallkonstellationen gesehen:

- 1.) Bewerbungen vorhanden, Qualifikation fehlt, Qualifikation für die vorhergehende Führungsfunktion vorhanden

In diesem Fall erfolgt unter Anwendung der Ziffer 1.5 der Feuerwehr-Dienstvorschrift 2 eine Bestellung zu befristeten Aufgabenwahrnehmung auf maximal zwei Jahre. Ein Beteiligungsverfahren, wie z.B. im Feuerwehrausschuss oder in der Hauptversammlung, sollte durchgeführt werden.

Innerhalb der Frist kann die erforderliche Qualifikation nachgeholt werden. Die Frist kann verlängert werden, wenn die Verzögerung beim Qualifikationserwerb nicht von der Person selbst verschuldet ist. Das eigentliche Wahlverfahren und die Berufung erfolgen nach dem Qualifikationserwerb.

2.) keine Bewerbungen vorhanden, aber generell Personen mit Qualifikation vorhanden

Der Bürgermeister überträgt die befristete Aufgabenwahrnehmung an eine aus seiner Sicht geeignete Person mit ausreichender Qualifikation. Ein Beteiligungsverfahren, wie z.B. im Feuerwehrausschuss oder in der Hauptversammlung, sollte durchgeführt werden. Eine Übertragung in diesem Fall kann dann allerdings längstens bis zum Ende der ursprünglichen fünfjährigen Berufungsdauer erfolgen. Diese Regelung folgt dem Grundsatz und Vorrang der Wahl und der Fünf-Jahres-Berufung, (§ 17 Absatz 2 Satz 2 SächsBRKG).

Absatz 5: Eine Prüfung und Bestätigung der Wahlbewerbungen durch den Feuerwehrausschuss entspricht nicht der Rolle dieses Gremiums als Beratungsinstanz des Gemeinde-/Stadtwehrlers (vgl. § 13). Auf Grund vielfältiger Ausgestaltungsmöglichkeiten der Wahlvorbereitungsphase wird auf Formulierungsvorschläge zur Kandidatenprüfung in der Musterfeuerwehrsatzung verzichtet (Aufgabe innerhalb der Kommunalverwaltung, Bürgermeister, Übertragung für Ortswehrlers auf Gemeindegewehrlers, Gemeinde-/Stadtrat, Ausschuss des Gemeinde-/Stadtrates ...). Eine Regelung dazu könnte in eine zu schaffende separate Wahlordnung aufgenommen werden.

Absatz 6: Die Musterfeuerwehrsatzung baut grundsätzlich darauf auf, dass die turnusmäßigen Wahlen im Rahmen der turnusmäßigen (Jahres-) Hauptversammlungen durchgeführt werden.

Für die Durchführung der Wahlveranstaltung ergeben sich grundsätzlich folgende Möglichkeiten:

- Die Wahl findet im Rahmen einer turnusmäßigen ordentliche/n (Jahres-)Hauptversammlung statt.
- Für die Wahl wird die nächste turnusmäßige ordentliche (Jahres-)Hauptversammlung terminlich vorgezogen.
- Es wird von der Möglichkeit des § 14 Absatz 2 Satz 2 Gebrauch gemacht, eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen. Dies kann nach § 14 Absatz 2 auch ohne die in Satz 2 formulierte Bedingung durch Initiative des Gemeinde-/Stadt- bzw. Ortswehrlers erfolgen.

Sofern sich Kommunen entscheiden, für bestimmte Fälle der Verhinderung am Wahltag sogenannte Briefwahl zuzulassen, muss neben einem deutlich höheren Verwaltungsaufwand im Vorfeld (Beantragung und Entscheidung über Herausgabe Briefwahlunterlagen, Wahlschein, Wählerliste, Absicherung der Annahme der Briefwahlunterlagen) folgende Auswirkung beachtet werden: bei fehlender absoluter Mehrheit ist ein zweiter Wahlgang unmittelbar im Anschluss an den ersten Wahlgang nicht möglich, da die fehlenden Briefwahlstimmen den zweiten Wahlgang verfälschen würden. Damit müsste ein zweiter Wahltermin angesetzt werden, der idealerweise bereits mit der Ankündigung für den ersten Wahltermin bekannt gegeben werden müsste. Eine vorherige Abgabe von Briefwahlstimmen wäre theoretisch nur dann möglich, wenn es nur einen Kandidaten für die Position gibt. Dies kann aber bei der Satzungserstellung nicht vorhergesagt werden. Auf Grund der beschriebenen Komplexität wird auf einen Formulierungsvorschlag für eine Wahl mit der Ermöglichung der Briefwahl verzichtet.

Darauf hingewiesen wird, dass die Ansprüche insbesondere im Kommunalwahlrecht bei dieser auf dem Grundsatz innerbehördlicher Beteiligung („Mitarbeiterbeteiligung“) aufbauenden Wahl hier nicht vollends erfüllt werden müssen, wenngleich bestimmte Grundsätze auch hier gelten (insb. Allgemeinheit, Freiheit und Gleichheit der Wahl). Auch die Regeln des Personalvertretungsgesetzes oder ähnliche Regelungen sind hier mangels vorhandener Beschäftigter nicht anzuwenden.

Absatz 7: Mit der Regelung soll vermieden werden, dass Vorgesetzte mehrheitlich von Angehörigen gewählt werden, die nicht mehr aktiven Feuerwehrdienst im Sinne des SächsBRKG leisten. Eine Satzungsvorschrift, wonach die Hauptversammlung bei der Anwesenheit von weniger als der Hälfte ihrer Mitglieder beschlussfähig ist, ist mit § 17 Absatz 2 Satz 2 SächsBRKG nicht vereinbar, wenn in der Sitzung Personen für die in § 17 SächsBRKG genannten Ämter gewählt werden soll. Aus der gesetzlichen Ausgestaltung der Wahlämter folgt, dass die Wehrleiter und ihre Stellvertreter grundsätzlich vom Mehrheitswillen der Feuerwehrangehörigen legitimiert werden sollen. Dieser Repräsentationsgedanke setzt voraus, dass grundsätzlich die Hälfte der Wahlberechtigten bei der Wahl anwesend ist. Daher ist auch eine Satzungsvorschrift rechtswidrig, wonach bei Beschlussunfähigkeit binnen einer halben Stunde eine zweite Sitzung einzuberufen ist, die ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Feuerwehrangehörigen beschlussfähig ist, wenn die Sitzung der Wahl nach § 17 Absatz 2 Satz 2 SächsBRKG dient. Zwar begegnet es keine durchgreifenden Bedenken, ausnahmsweise unter Abweichung von diesem Grundsatz bei der zweiten Sitzung die Beschlussfähigkeit ohne Mindestpräsenz vorzusehen. Damit kann ausgeschlossen werden, dass das Wahlorgan durch wiederholtes Fernbleiben von Feuerwehrangehörigen dauerhaft beschlussunfähig gemacht wird (vgl. § 1 SächsVwVfZG i.V.m. § 90 Absatz 2 VwVfG). Eine solche Regelung enthält auch § 14 Absatz 3. Jedoch lässt sich aus § 17 Absatz 2 Satz 2 SächsBRKG ein Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl ableiten, der verlangt, dass die Wahlberechtigten in die Lage versetzt werden müssen, tatsächlich an der Wahl teilzunehmen. Dies setzt einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf auch dann voraus, wenn wegen Beschlussfähigkeit eine erneute Sitzung einberufen werden muss. Die Satzung kann für diesen Fall zwar eine verkürzte Ladungsfrist vorsehen; jedoch muss auch eine verkürzte Frist es ermöglichen, dass sich die Wahlberechtigten terminlich unter zumutbaren Umständen auf die Sitzung einrichten können. Dies ist jedenfalls bei einem Vorlauf von 30 Minuten nicht gewährleistet (vgl. Kopp/Ramsauer, VwVfG, 13. Aufl. 2012, § 90 Rn. 15 zu Ausschüssen nach dem VwVfG).

Absatz 8: Die Formulierung bedeutet nicht, dass auf Antrag der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit entschieden werden kann, ob offen gewählt wird. Vielmehr reicht die Meldung einer stimmberechtigten Person in der Hauptversammlung, um auch bei nur einer Kandidatur die Wahl geheim durchzuführen. Die Vorschrift des § 16 ist insoweit eine lex-specialis-Regelung zu § 14 Absatz 3 für den Bereich Wahlen und im Licht des besonderen Charakters einer Wahlentscheidung zu interpretieren. Während im Umkehrschluss zu § 14 Absatz 3 Satz 4 Beschlüsse der Hauptversammlung nach dessen Satz 3 mit einfacher Stimmenmehrheit (mehr Ja- als Nein-Stimmen) grundsätzlich offen gefasst werden, folgt § 16 dem gegenläufigen Ansatz. Die Wahlentscheidung ist grundsätzlich geheim herbeizuführen. Vor dem Hintergrund des hohen Schutzgutes des Grundsatzes der geheimen Wahl sind bei Abweichungen hiervon besonders hohe Anforderungen zu stellen. Die Abweichung erscheint nur dann gerechtfertigt, wenn alle Wahlberechtigten – etwa durch Abstimmung per Handzeichen - damit einverstanden sind. Das Veto auch nur einer wahlberechtigten Person führt zum Erfordernis der geheimen Wahl. Wenn kein Veto zur offenen Wahl einlegt wird, wird diese im Anschluss z.B. durch Handzeichen durchgeführt.

Absatz 9: Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wahlberechtigten erhalten hat (absolute Mehrheit). Diese Regelung gilt auch, wenn nur eine einzige Person zur Wahl steht. Für den Fall, dass diese im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erreicht, findet ein zweiter Wahlgang für diese statt, bei dem nunmehr die einfache Mehrheit (mehr Ja- als Nein-Stimmen) entscheidet. Sollte diese Mehrheit nicht erreicht werden, ist die Person nicht gewählt. Um dennoch die Wahrnehmung der Führungsaufgaben sicherzustellen, sind die Regelungen des Absatz 4 in Verbindung mit Absatz 2 anzuwenden. Gleichzeitig ist anzustreben, dass eine erneutes Wahlverfahren zeitnah durchgeführt wird, wenn sich abzeichnet, dass zumindest eine (weitere) Person für eine Kandidatur zur Verfügung steht.

Bei der Wahl zu den in § 17 Absatz 2 Satz 2 SächsBRKG genannten Ämtern handelt es sich um Personenwahlen. Nach Ausscheiden der amtsinhabenden Person ist ein „Nachrücken“ durch die zweitplatzierte Person nicht möglich, da diese nicht durch die Mehrheit gewählt wurde. Ein Wahlverfahren, bei dem ein „Nachrücken“ möglich ist, gilt bei der Wahl für die weiteren Mitglieder des Feuerwehrausschusses, vgl. § 16 Absatz 10.

Für die Gestaltung des Wahlzettels bestehen seitens SMI keine Vorgaben. Es bestehen keine Bedenken, wenn bei einer geheimen Wahl nach Vorgabe der Wahlleitung die anwesenden Wahlberechtigten ihre Stimmzettel händisch mit dem vollständigen Namen der bzw. des einzigen Kandidaten beschriften und dann im Rahmen der eigenen Willensbildung ihr Votum notieren. Hier sind neben „Zustimmung“ und „Ablehnung“ auch „Enthaltung“ bzw. Begriffe mit synonyme Bedeutung möglich. Entscheidend ist, dass der Wille der stimmbabgebenden Person klar erkennbar werden muss.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass auch eine indirekte Wahl des Wehrleiters und seiner Stellvertreter, etwa aus dem Feuerwehrausschuss heraus, nicht ausgeschlossen wird. § 17 Absatz 2 Satz 2 SächsBRKG überlässt die Ausgestaltung des Wahlmodus ausdrücklich den Kommunen. Soweit einzelne Rechtsnormen eine unmittelbare Wahl zu Volksvertretungen vorsehen, sind diese hier nicht einschlägig. Es lässt sich aus ihnen auch kein allgemeingültiger Rechtsgrundsatz ableiten, dass Wahlen stets unmittelbar zu erfolgen hätten. Die Rechtsordnung kennt zahlreiche Beispiele für die Besetzung von Ämtern durch mittelbare Wahl. Die Entscheidung der Kommune für eine indirekte Wahl des Wehrleiters und seiner Stellvertreter kann sich daher auf die kommunale Organisationshoheit stützen. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag wird hierfür nicht vorgelegt.

Absatz 16: Mit den Wörtern „in elektronischer Form“ sind jedwede Formen einfacher elektronischer Kommunikation gemeint.

Zu § 17:

Derzeit keine Erläuterungen